

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief August.EXTRA.2.2011

politische lage in polen vor den parlamentswahlen + + `radio marya` endlich im gedränge + könnte polens premier donald tusk nachfolger von barroso in brüssel werden? + polen widersetzt sich weiter der eu-klimapolitik, andere ducken sich hinter warschau + + 13% plus bei polens agrar-arbeitsplätzen, dank eu-hilfen

Wie europäisch bleibt die CSU, wenn es noch ernster wird?

Kein CDU-Kanzler hatte in Sachen Europa die CSU geschlossen auf seiner Seite

Die Kanzlerin als Spätnachfolgerin Adenauers kann nicht alle historischen Details der CDU-Europapolitik kennen, folgte doch die CSU scheinbar von Anfang an bis Helmut Kohl den Grundsätzen dieser Politik, welche von fast der ganzen CDU geprägt wurde. Differenzen zur CSU lagen in Details, ohne viel Auswirkung im Kalten Krieg. Der CSU-Bundestagabgeordnete Hans August Lückner, bald in Straßburg erfolgreicher als in Bonn, war eine Ausnahme.

Die CSU schätzte im freien Europa eher Konservative, in Frankreich Gaullisten statt Christdemokraten. Sie mochte vor allem die betont christlich-sozialen Kräfte nicht, die in Benelux und Italien häufig mit Sozialdemokraten koalitierten. Als Bonn politische Stiftungen zu fördern begann, die zum Beispiel in Lateinamerika „linken“ Christen in die Politik halfen, hielt die CSU lieber zu rechten Kreisen und billigte sogar den Putsch General Pinochets in Chile. Auch die Projekte ihrer Stiftung in Afrika setzten auf stramme Antikommunisten, Strauß traute nicht nur Nelson Mandela nicht.

Bezeichnend war die Rolle der CSU beim Aufbau der transnationalen, 1976 gegründeten „Europäischen Volkspartei“. Fast nie kaum Strauß zu deren Kongressen. Ein starkes EVP-Generalsekretariat hielt er für unnötig. Nur wenige CSU-Abgeordnete unterstützten den CDU-Kurs in der EVP aktiv. Am besten klappte die Zusammenarbeit in der Straßburger EVP-Fraktion.

In den Jahren nach Kohl nahmen Einzelvorstöße von CSU-Abgeordneten gegen „Fehlentwicklungen“ in der EU zu, besonders gegen „zu hohe Gehälter der Eurokraten“, „Regelungswut“ (obschon die Münchner Staatsregierung zu ihr beitrug) und „Benachteiligung der Deutschen (in Brüssel) bei Sprache und Führungsposten“.

Auf dem Höhepunkt der Nach-Kohl-Differenzen stimmte der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt im Bundestag gegen den Lissabon-Vertrag, sein Kollege Gauweiler zog gegen diesen und andere Abmachungen vor das Bundesverfassungsgericht. Die CSU-Spitze sah weg.

Als die Mauer gefallen war, wurde deutlich, dass sich die CSU im Ostteil Europas mehr für konservative als für liberale und christdemokratische Politiker interessierte, für sie ganz konsequent. Insgesamt jedoch schadete dies der gemeinsamen Unionspolitik wenig, denn der Prozess neuer Parteibildungen im Osten blieb lange kompliziert, und am Ende konnte die Straßburger EVP-Fraktion von den baltischen Staaten bis Bulgarien sogar erstaunlich viele Abgeordnete begrüßen, nur wenige wanderten lieber zu konservativen Gruppen ab.

Neuerdings zeigte sich, dass der euroskeptische Teil der CSU weiter anwuchs und nicht wenige neue Freunde in CDU-Wirtschaftskreisen und einigen Ostlandesverbänden der CDU fand. Dass die Hälfte der CSU-Landesgruppe in dieser Woche nicht zur Europa-Sitzung mit Angela Merkel kam, wirkt normal. Es gehört deshalb zu den vielen Verdiensten von Wolfgang Schäuble, dass er sowohl aus seinem Finanzressort heraus als auch aus Grundüberzeugung an der europäischen Linie der Christdemokraten festhält, nämlich mehr statt weniger Europa will und große Geduld im Gespräch mit der CSU aufbringt.

EXTRA Vor den Parlamentswahlen in Polen, Perspektiven und Tendenzen

ContraSalon beleuchtet Umfragen und Spekulationen. Rechtzeitig vor dem 9. Oktober folgt eine Vertiefung mit dem Versuch einer Prognose

► Im Juli hieß es, man könne mit nur 45% Wahlbeteiligung rechnen. Es gibt sehr viele Wähler der Mitte, die nicht mehr PO wählen wollen, aber auch keine andere Partei. Um sich greift eine Bewegung engagierter Bürger in Großstädten, angestoßen vom Breslauer Stadtpräsidenten **Dutkiewicz**. Der sehr populäre Mann will erreichen, dass die mehr kommunal als parteipolitisch denkenden Bürger gezielt Kandidaten in den polnischen Senat schicken und diesen zu einem echten Gegengewicht zum Sejm mit dem Ziel machen, „viel für das Land weniger für die Zentralisten in Warschau zu tun“.

► Ende Juli ließ die Tusk-Umgebung durchsickern, wer der nächsten Regierung angehören könnte. Nur sieben Politiker werden genannt: **Sikorski (Außen)**, **Rostowski (Finanz)**, **Kwiatkowski (Justiz)**, **Frau Bienkowska (Regionalpolitik)**, **Kopacz (Gesundheit)**, **Kudrycka (Wissenschaft)**, **Chefberater Boni**.

► Der Justizminister glaubt an die Fortsetzung der Koalition PO/PSL. Dazu trägt bei, dass die PSL in Umfragen zum ersten Mal seit der letzten Wahl wieder sicher über 5% kommt. Unter jungen Bürgern wird eine Öffnung der PO zur linken SLD für sinnvoll gehalten. Dem widersprechen **Jaroslav Gowin** und andere Schwergewichte der PO im Sejm. Zu dem Gewackel trägt bei, dass Pessimisten meinen, eine Koalition PO/PSL können scheitern, wenn **Kaczynskis** PiS wieder zunehme. Ende August sah die Lage so aus: PO 33%, PiS 21%, SLD 7%, PSL 5%. Doch einige Wochen früher erreichten SLD 12 und PiS 26%, Nur 28% sagen, sie würden „sicher“ wählen. 26% neigen zur Enthaltung im Unterschied zu ihrer Teilnahme an den letzten Kommunalwahlen.

► Der am letzten Sonntag gestartete Wahlkampf der Nationalkonservativen (PiS) wird so brutal wie erwartet. Der Absturz von Smolensk bleibt im Spiel, eine starke Teuerung von Lebensmitteln macht der Regierung Sorgen. Die PiS kommt mit einer neuen Zeitung „Gazeta Polska Codziennie“ (Poln.Zeitung täglich) heraus.

Tendenzen

► Polens Außenminister **Radoslaw Sikorski** tat einen ungewöhnlichen Schritt: Er protestierte offiziell mit diplomatischer Note im Vatikan gegen „jede“ Unterstützung für Pater **Tadeusz Rydzyk**, dabei nicht nur gegen das von Rydzyk gegründete „Radio Maryja“. Der Pater schade Polen. Gerade zur Zeit dieses Schritts wurde in Polen publiziert, dass Rydzyk nahe der Stadt Thorn/Torun einen riesigen kommerziell betriebenen Freizeitpark errichten will, dessen Finanzquellen unklar sind. - „Radio Maryja“ hat nach Jahren des Niedergangs wieder neuen Anhang, eine Million Hörer täglich. Das sind 2.15% Marktanteil. An einer ausdrücklich dem Wahlkampf dienenden Sternfahrt nach Tschenstochau nahmen über hunderttausend Bürger teil.

► **Jan Krzysztof Bielecki**, Ex-Premier, jetzt Leiter des Wirtschaftsrats beim Ministerpräsidenten hält die Pariser Abmachungen Merkel-Sarkozy für einen guten Schritt: „Jede Niederlage der Euro-Gruppe ist für Polen schädlich.“

► Zum 70. Jahrestages des Todes von Pater **Maximilian Kolbe** erinnerte die Krakauer katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ an den frühen Brückenbau der deutschen Sektion von PAX CHRISTI zu katholischen Intellektuellenkreisen in Polen. Die Initiative von PAX CHRISTI führte nach langem Ringen mit polnischen Stellen zur Gründung des Maximilian-Kolbe-Werks durch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) Diese und andere Aktivitäten führten dazu, dass Staatspräsident **Lech Walesa** führende ZdK-Persönlichkeiten mit hohen Orden ehrte.

► 2014 wird es keine polnischen Soldaten mehr in Afghanistan geben. Statt – wie geplant – im Herbst 2011 wird Polen die Provinz Ghazni erst 2012 an die Regierungstruppen übergeben.

► Jede fünfte polnische Familie ist lt. Statistik arm. 2.2 Mio. Polen liegen mit 1257 und weniger unter der Armutsgrenze. Es gib inoffiziell ein Polen A neben einem Polen B. Die Ärmsten wohnen im Ermland, in Masuren, Heiligkreuz und Podlachien.

► Nach der Smolensk-Tragödie werden immer häufiger Mängel der polnischen Armee öffentlich gemacht. Führungssysteme, Ausbildung und Kontrolle gelten als lädiert. Die Abschaffung der Wehrpflicht wird diskutiert. Der Staatspräsident musste an einem Tag fünfzehn neue Generäle ernennen. Das polnische Kontingent in Afghanistan klagt, man sei auf ukrainische Ärzte und US-Transportflugzeuge angewiesenen.

► Das erste Amtsjahr des Staatspräsidenten hat gezeigt, dass **Komorowski** sich selbst stark in

die Außen- und Europapolitik einbringt, durchweg mit Erfolg. Seine Expertengruppe unter Leitung von **Tadeusz Mazowiecki** löste das Gerücht aus, eine „andere“ PO werde vom Präsidenten geplant. Nix dran! Dass der Präsident nach den Wahl ein wenig Öffnung zur rechten Mitte möchte, steht aber fest.

► Als wiederholten Versuch der polnischen Regierungspartei PO nach Ausgleich der politischen Gewichte in der Wirtschaft gilt die Novelle zum Arbeitsgesetzbuch, die Gewerkschaftsfunktionäre besser stellt (Entschädigungen, neue Rechte auf Wiedereinstellung). Konservative Sprecher klagen über zu enge Verbindungen zwischen Politikern und Betriebsräten in Staatsbetrieben.

► Die polnische Abwehr nimmt zusammen mit der Polizei neo-faschistische Vereine unter die Lupe. Es wurden Feriencamps bekannt, in denen der finnische Neofaschist **Niko Puhakki** auftrat

► Die NATO hätte Anfang der 80er Jahre keinen Finger gerührt, wenn sowjetische Truppen in Polen einmarschiert wären. Beweiskräftige Dokumente haben klugerweise der polnische Außenminister und Nato-Vizegeneralsekretär **William** in Brüssel präsentiert. NATO-Experten meinten, das Bündnis habe inzwischen Konsequenzen gezogen, wie seinerzeit die Entwicklung des Kosovo-Konflikts gezeigt habe,.

► Konservative Journalisten, die in der Regel der polnischen PO nahestehen, beobachten eine „gewisse Zunahme antiklerikale Töne“ im aktivsten Kreis um Premier Donald Tusk. Doch ist eine Gegenmeinung noch wichtiger: Der prominente PO-Abgeordnete **Stefan Niesiolowski** griff den (ukrainischen) Lemberger Bischof scharf an, weil sich diese mit „**Radio Marya**“ solidarisiert hatte. Zur gleichen Zeit ist zu beobachten, dass die jüngere Wählerschaft der SLD-Sozialdemokraten weiter nach rechts rückt und jene der PO, besonders in den größten Städten, etwas nach links. Eine Koalition PO/SLD nach den Wahlen gilt nicht mehr als unfein, ist aber doch unwahrscheinlich.

► Die Polen wollen keine Roma, dies ist die schwierige Wahrheit. Schüler erklären, Roma-Kindern solle das Sitzen in der ersten Bank nicht erlaubt werden. Jeder fünfte Schüler mit Roma-Abstammung landet in Polen in der Förderschule. Die Kirchen so klagen PO-Lokalpolitiker, hätte ein unklares Verhältnis zur Roma-Integration.

► Die Zahl der Polen, die haupt- oder nebenberuflich in der Landwirtschaft leben, stieg seit dem EU-Beitritt von 2004 um 13% = 2.2 Millionen Personen. Das hängt damit zusammen, dass Polen trotz der aller Medienhetze nach 1990 seit 2004 insgesamt 112 Mrd. Zloty aus Brüssel bekam.

► Der Sejm-Ausschuss zur Neufassung einiger Verfassungsartikel hat auf Druck der PiS beschlossen, die mögliche polnische Euro-Einführung aus den Texten zu streichen. Verantwortlich war der PiS-Abgeordnete **Karol Karski**. Etwa zur gleichen Zeit wurde in der PiS-Wahlkampfkommission „geklärt, dass in der EU die Rückentwicklung zum souveränen Nationalstaat in vollem Gange ist und den Wählern auch als Wahlziel vorgestellt werden soll“.

Personen sind Nachrichten

Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender, will eine Kerntruppe einer künftigen europäischen Armee und braucht die Formel „Weimarer Dreieck plus eins“, also Paris-Berlin-Warschau plus x. Er erklärte, Mitglied No. 4 lasse er „bewusst offen“. Albern, denn in der SPD heißt auf deren konservativen Hinterbänken, ohne England gehe „es“ gar nicht, „auch wegen der Beziehungen mit den USA“.

Janusz Niesyto, Polens Botschafter in Finnland, hat im roten Polen mit dem Geheimdienst zusammengearbeitet. Er steht auf einer Liste mit 222 Namen, die das „Institut für Nationale Erinnerung“, die polnische Gauck-Behörde, herausgerückt hat.

Patrick Adenauer, aus der CDU ausgetretener Altkanzler-Enkel und Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, warnte in der polnischen Presse vor einem „Ableiten“ der EU in einer Transfer-Union.

Donald Tusk, polnischer Premier, erhielt einige Briefe, in denen über einen Warschauer Schmusekurs gegenüber der schlesischen Autonomiebewegung geklagt wird. Ein Tusk-Mitarbeiter. „Bei unseren rechten Gegnern herrscht Entsetzen darüber, dass so wenig Protestbriefe verschickt worden. Insofern wurde klar, dass wir auf Dialog statt auf Schmähung setzen.“

Jacek Tomczak und Filip Libicki gingen von der PJN-Gruppe zur PO-Fraktion und werden für Sejm und Senat (Libicki) kandidieren. Damit schreitet der Abbau der Gruppe fort, die sich von der PiS getrennt hatte. In Umfragen blieb sie tief unter 5% hängen.

Piotr Duda, Vorsitzender der kleingeschmolzenen Solidarność, gab im Sejm 300.000 Unterschriften für einen erhöhten Mindestlohn ab. Diesen Lohn solle künftig an das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden. Der Mindestlohn beträgt heute 1386 Zloty. Die rechte PiS-Fraktion unterstützt die Forderung der Solidarność.

Lech Walesa hat sich mit der von ihm mitgegründeten Gewerkschaft versöhnt – nur formal. Es ging um seine Teilnahme am 31. Jahrestag der Unterzeichnung des Danziger Abkommens, mit dem der landesweite Streik endete. Walesa missbilligt jedoch – wie bisher – die politische Unterstützung der PiS durch die Gewerkschaft mit ihren nationalistischen Exzessen und anti-marktwirtschaftlichen Tendenzen.

Joanna Matuszewska, bekannte Europa-Journalistin, lobte in POLSKA die Zusammenarbeit zwischen Premier Tusk und Kanzlerin Merkel. Ein Wille zu langfristiger Zusammenarbeit werde sichtbar. Damit hätte Tusk auch eine Chance, als Nachfolger von Präsident **Barroso** nach Brüssel zu gehen. Er wäre der erste Präsident aus der Gruppe der Beitrittsländer von 2004 und kommt aus der christdemokratischen Parteifamilie (EVP).

► Bei den Feiern zum 67. Jahrestag des Warschauer Aufstands kam es auf dem hauptstädtischen Powazki-Friedhof zu einem Eklat. Premier **Tusk** und Aufstandsteilnehmer **Bartoszewski** wurden mit antisemitischen Parolen attackiert, eindeutig von PiS-Anhängern. In Kommentaren war vom „Geruch des Hasses“ die Rede.

Energie

► Polen kämpft weiter gegen die Brüsseler Emissionsgrenzen. Seine Abhängigkeit von der Steinkohle werde nicht berücksichtigt.

► Die *Rzeczpospolita*, Polens stärkste konservative Zeitung mit politischem Profil, setzte mehrfach die These fort, dass die Berliner Energie-Wende automatisch zu mehr Abhängigkeit vom Russen-Gas führe. Der Schaden, den die Merkel-Politik Konzernen wie E.ON und RWE zufüge, werde in Deutschland, dessen führende Journalisten zu über 70% links stünden, herabgespielt.

► In der *Gazeta* stand ein großes Interview mit Chinas Außenminister Yang Jiechi „China glaubt an die Eurozone“. Mit Polen will China technisch mehr zusammenarbeiten, auch in der Energiepolitik. Unklar bleibt, ob China auch an KKW's denkt und besonders an die Weiterentwicklung des deutschen HTR-Reaktors, die jetzt in China stattfindet.

► Die polnische Presse unterstützte geschlossen das sommerliche Tusk-Veto gegen EU-Klimapolitik. Allein durch diese drohe dem Land bis 2013 eine Energiepreissteigerung von 27%.

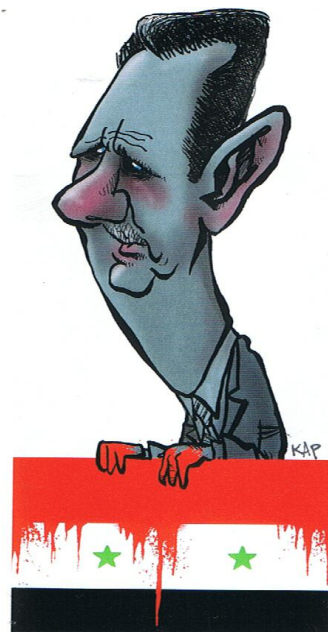
► Warschau und Prag vereinbarten engste Zusammenarbeit in Sachen Atomstrom. Die Tschechen wollen ein weiteres KKW bauen, die Polen haben „Absichten“ für 2 Reaktoren, liegen aber noch nicht fest beim Typ. Litauen fühlte in Polen mit dem Plan vor, im litauischen Visaginas ein gemeinsames KKW zu bauen und stieß auf Skepsis. Eine Gaspipeline will man hingegen sicher bauen.

Es waren mal 4000 Panzer...

Vor lauter Lärm aus Tripolis ging diese Woche fast unter, dass Russland dem syrischen Gewaltherrscher Assad den Rücken stärkt. Ohne Schnörkel erklärte der Kreml, dass man in der Uno eine Verurteilung des Folterers nicht mitmachen werde.

Wir sollten uns öfter mal erinnern. Keinem Land in Nahost hat der Kreml in Sowjetzeiten so geholfen wie Syrien. Der Gipfel der freundschaftlichen Bewaffnung waren 4000 Kampfpanzer, die heute sicher größtenteils dahin sind, doch sie waren Teil einer Strategie gegen USA und Israel.

Und damit auch der Einflussnahme der Sowjets im Libanon, den Syrien ohnehin als Eigentum betrachtet. Nun mal abwarten: Immer wieder wird uns ja von wachsender Übereinstimmung Obama-Putin berichtet. Ein fetter Testfall ist vorhanden. **JW**



Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 324381 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre Spende deckt Kosten -

bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805